

25. März 2010

Finanzexperten loben Wattner Solarfonds

Die BRENNEISEN CAPITAL AG aus Wiesloch mit ihrer langjährigen Kompetenz im Finanzbereich hat den Solarfonds Wattner SunAsset 2 als empfohlenes Produkt für ihre angeschlossenen Vertriebspartner eingestuft. BRENNEISEN prüft Finanzprodukte umfangreich auf deren Plausibilität, unter anderem, um Finanzvermittlern eine selektive Produktauswahl präsentieren zu können. Den Experten gefällt die geplante „angenehm kurze“ Laufzeit des Fonds von nur neun Jahren. Zudem hebt das Unternehmen hervor, dass den Solaranlagen nach den neun Jahren noch eine lange Betriebsdauer bevorsteht, wodurch sich für die Anleger eine „lukrative Veräußerung“ der Solaranlagen ergeben könne. Auch würden die Erträge des Fonds durch den Anleger erst mit dem Verkauf der Investitionsobjekte zu versteuern sein, zu dem dann geltenden Steuersatz.

Bereits ein Viertel des Solarfonds Wattner SunAsset 2 ist verkauft. Das entspricht der Planung, die auf einen kompletten Verkauf bis zum Jahresende 2010 ausgerichtet ist. Zwei Kraftwerke, die bereits 2009 den Betrieb aufgenommen haben, erzeugen Strom und sichern bereits jetzt die 3,5 Prozent Auszahlung, die für 2010 eingerechnet sind. Weitere Kraftwerke, die der Fonds sich bereits gesichert hat, befinden sich momentan in der Errichtung.

Solarfonds Wattner SunAsset 1 hat weitere Auszahlung geleistet

Die Investoren des geschlossenen Solarfonds Wattner SunAsset 1 haben, wie angekündigt, im ersten Quartal die zweite Auszahlung für das Jahr 2009 erhalten. Insgesamt wurden damit 17,3 Prozent ausgezahlt und die Prognose des Verkaufsprospektes übertroffen. Der Solarfonds soll für den Zeitraum 2008 bis 2013 prognostizierte 184 Prozent erwirtschaften. Er entwickelt sich planmäßig. Anleger haben sich insgesamt mit fünf Millionen Euro beteiligt. Der Wattner SunAsset 1 war im Mai 2009 vorzeitig ausplatziert.

Fundamental: Einkaufsfaktor und Qualität

Ob ein Solarfonds sichere, attraktive Erträge abwirft, ist nicht in erster Linie eine Frage des Sonnenscheins am jeweiligen Standort, sondern vielmehr das Ergebnis solider Planung. Wattner war hier Vorreiter im Solarbereich: Das Unternehmen hat den, aus dem Immobiliensektor bekannten, „Einkaufsfaktor“ erfolgreich auf Solarfonds übertragen.

Vielfach wird bei Solarfonds lediglich mit Preisgleitklauseln gearbeitet. Sie sollen vorhersehbare Änderungen der Einspeisevergütung ausgleichen. Der Einkaufsfaktor erweitert die Sicherheit für Anleger maßgeblich. Denn er berücksichtigt ebenfalls Herausforderungen wie beispielsweise Verspätungen bei der Inbetriebnahme, ungeplante Änderungen der Einspeisevergütung und sogar unterschiedliche Einstrahlungsverhältnisse an den Standorten.

Der Einkaufsfaktor basiert auf mehreren Ertragsgutachten. Seine Anwendung setzt Erfahrung und Kompetenz voraus. So sind auch bei Solarkraftwerken ausführliche technische Leistungsverzeichnisse unverzichtbar. Wattner erstellt diese selbst, da das Unternehmen im eigenen Haus über das erforderliche Know-How verfügt. Die Leistungsangaben sind penibel zu prüfen und während der Umsetzung zu überwachen.

Die derzeit teilweise herbeigeredete Torschlusspanik bei Solarfonds ist unbegründet. Sie soll gestützt werden durch den Vergleich mit der Situation in Spanien vor anderthalb Jahren, als eine von der Regierung gesetzte Frist für Solarfonds auslief. Damals errichteten kapitalstarke Investoren in Spanien hastig und mit mangelnder Kontrolle Solaranlagen. Große Solarprojekte in Deutschland sind dagegen in der Regel von Beginn an fremdfinanziert, und Banken prüfen nicht erst seit der Finanzkrise streng. Auch der 2008 bestehende Mangel an Solarmodulen, der zu Qualitätsproblemen führte, ist behoben. Letztlich funktionieren die Kontrollmechanismen bei deutschen Projekten reibungsloser als im Ausland - schon deshalb, weil es keine Sprachprobleme gibt.

Gern stehen wir Ihnen für ein Gespräch zur Verfügung.

Ulrich Uhlenhut
0221 355 006-0

Düppelstraße 9-11
50679 Köln

25. März 2010

Bundesbürger wollen Solarenergie - Politik macht Rückzieher

Ursprünglich wollte die Bundesregierung ab Sommer dieses Jahres die Einspeisevergütungen für Solarstrom sehr deutlich kürzen, doch den Bundesbürgern missfällt das:

Laut einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap sind 84 Prozent der deutschen Bevölkerung gegen die Senkung. Über die Hälfte aller Befragten plädiert dafür, weniger zu kürzen und dabei in kleineren Schritten vorzugehen. Fast ein Drittel ist grundsätzlich gegen eine Kürzung.

Die Ablehnung der Regierungspläne zieht sich durch alle Wählerschichten. Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU sind zu 83 Prozent dagegen, ebenso wie 79 Prozent der FDP-Anhänger und 88 Prozent aller SPD- und Grünen-Wähler.

Die Botschaft scheint bei Politikern anzukommen: Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) spricht sich gegen die Kürzung der Solarförderung aus. Er sagt, er sehe das Risiko, die für Deutschland und besonders für Bayern wichtige Zukunftsbranche zu schwächen. Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und die beiden großen Solaranlagen-Länder Brandenburg und Bayern haben sich im Bundesrat darauf geeinigt, gegen die übermäßige Reduktion der Solarstromtarife vorzugehen.

Außerdem wird gefordert, den Eigenverbrauch von Solarstrom stärker zu fördern und die Vergütung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf weniger ertragreichen Ackerflächen beizubehalten. Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad (SPD) fordert „einen Kompromiss, der für die Solarbranche eine verlässliche, kalkulierbare Reduzierung der Einspeisevergütung ermöglicht. Gerade der Bereich

der Erneuerbaren Energien sorgt seit Jahren für immer mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze. Diese darf die Bundesregierung nicht gefährden."

Der Umsatz aus der Errichtung von Solaranlagen habe 2008 bei rund 6,2 Milliarden Euro gelegen. Die Solar-Branche biete 58.000 Menschen Arbeit, zum größten Teil im Handwerk und Installationsgewerbe.

Deutsche Stadtwerke verbünden sich gegen Atomkraft

Deutsche Stadtwerke wenden sich gegen die längere Laufzeit für Atomkraftwerke: 150 Stadtwerke drängen die Regierung, die Verlängerung zu stoppen oder im Gegenzug Kohlekraftwerke stillzulegen. Andernfalls wollen sie Investitionen in Höhe mehrerer Milliarden Euro einfrieren. Damit wenden sich die Stadtwerke vor allem gegen die Energieriesen E.on, RWE, EnBW und Vattenfall, die durch die Verlängerung auf Kosten der Umwelt Milliarden verdienen würden.

Die Stadtwerke drohen laut einem Bericht des Handelsblatts, eigene Investitionen in neue, klimafreundliche Kraftwerke zu stoppen. Stadtwerke produzieren zehn Prozent des Stroms in Deutschland und betreiben dabei mehr Erneuerbare-Energien-Kraftwerke als der Durchschnitt der Stromlieferanten in Deutschland.

Sollte die Laufzeit der Atomkraftwerke tatsächlich verlängert werden, wollen die Stadtwerke eine Abschöpfung aller Gewinne durchsetzen, die dann bei den Stromriesen anfallen würde.

Auch der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), in dem 800 Stadtwerke vertreten sind, erklärte, eine Laufzeitverlängerung stelle einen massiven Eingriff in den Markt dar. Sie nehme der Umstrukturierung der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik.

Die in diesem Energie-Brief bzw. Wattner News enthaltenen Aussagen basieren vielfach auf allgemein zugänglichen Quellen Dritter. Wir halten diese Quellen für zuverlässig. Die Vollständigkeit und Richtigkeit der darin enthaltenen Informationen können wir jedoch nicht gewährleisten. Bitte beachten Sie das Datum dieses Schreibens. Sämtliche Annahmen können sich durch abweichende tatsächliche Entwicklungen daher als nicht richtig erweisen. Sofern dieses Schreiben Ausführungen zu steuerlichen Aspekten einzelner Investitionen enthält, möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die steuerliche Behandlung von Ihren persönlichen Verhältnissen abhängt und künftig Änderungen unterworfen sein kann. Auch generelle Ausführungen zu rechtlichen Aspekten können in Ihrer individuellen Situation unzutreffend sein.

Guido Ingwer
0221 355 006-0

Düppelstraße 9-11
50679 Köln